

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 17. Juni 2022 10:35
An: 'MSGIV, Atomaufsicht'
Betreff: AW: Ihre Datenanfragen zu planWK an das Land Brandenburg

Sehr geehrte [REDACTED],

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 03.06.2022 und der Übersendung der Daten vom MIL, deren Eingang wir Ihnen hiermit bestätigen.

Bei Rückfragen kommen wir gerne auf Sie zu.

Ich bitte zu beachten, dass diese E-Mail bzw. dieses Schreiben sowie die Rückantworten ggf. auf einer Internetpräsenz der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zur Veröffentlichung auf der Informationsplattform gemäß § 6 StandAG zur Verfügung gestellt werden. Sollten Ihrerseits Bedenken bestehen, so sind diese ausdrücklich der Rückantwort voranzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. [REDACTED]

BGE Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Standortauswahl

Standort Peine
Eschenstraße 55
31224 Peine, Germany

T +49 (0) 5171 43- [REDACTED]
[REDACTED]@bge.de
www.bge.de

Sitz der Gesellschaft: Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)
Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Parlamentarischer Staatssekretär Christian Kühn

Von: MSGIV, Atomaufsicht <atomaufsicht@MSGIV.Brandenburg.de>
Gesendet: Freitag, 3. Juni 2022 16:02
An: [REDACTED]@bge.de
Betreff: AW: Ihre Datenanfragen zu planWK an das Land Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich noch für die Überblicksdarstellung bedanken. Darüber hinaus konnte das MIL überzeugt werden, die zunächst abgelehnte fachliche Zuständigkeit für Ihre Anfrage doch wahrzunehmen. Die unten folgenden Angaben wurden mir auf Fachebene vom MIL übermittelt (inkl. E-Mail im Anhang). Ich gehe nicht davon aus, dass das MIL Ihnen mit separatem Schreiben antwortet.

Für weitere Fragen stehe ich ab 13. Juni 2022 gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Datenanfrage der BGE im Rahmen der Methodenentwicklung zum Standortauswahlverfahren für Endlager

(Schreiben der BGE vom 01. April 2022; Ihre Emails vom 11. und 16. Mai 2022)

Allgemein:

- Raumordnerische Festlegungen zur Rohstoffsicherung und –gewinnung bestehen in Berlin-Brandenburg in der Regionalplanung für oberflächennahe Rohstoffe. Von den vier für die Methodenentwicklung ausgewählten Teilgebieten, auf die sich die Anfrage der BGE momentan bezieht, ist Berlin-Brandenburg nur durch das Teilgebiet 009 („Saxo-Thuringikum“) berührt, und zwar anteilig im Süden Brandenburgs nur die Planungsregion Lausitz-Spreewald. Dementsprechend beschränken wir unsere Hinweise auf für diese Region relevante Daten.
- Daten zu rechtswirksamen Braunkohlenplänen in Brandenburg sind unter [Geoportal Brandenburg - Detailansichtdienst](#) verfügbar.
- Hinweis zur Erfassung der Rohstoffsituation im Suchraum: In diesem Bereich gibt es mit großer Wahrscheinlichkeit auch weitere nicht genutzte Braunkohlenlagerstätten, unterirdische Hohlräume des Braunkohlen-Altbergbaus im 19. Jahrhundert sowie großflächige Bergbaufolgelandschaften mit veränderten Bodenstrukturen. Über die öffentlich zugänglichen Daten hinaus liegen digitale Daten dazu der GL nicht vor und sollten bei der zuständigen Fachbehörde LBGR erfragt werden.

Zu den Abfragekennzeichen:

p09_01a_BB_01 (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung/-gewinnung)

- Festlegungen dazu erfolgen - nur in Brandenburg, nicht in Berlin - auf Ebene der Regionalplanung.
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe aus dem rechtswirksamen sachlichen [Teilregionalplan "Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe"](#) der Region Lausitz-Spreewald vom 26.08.1998 sind in der Anlage als GIS-Daten einschließlich Datenbeschreibung beigelegt.
- Zu den ergänzenden Fragen aus dem Schreiben der BGE:
 - *Wie aktuell sind die Karten bzw. die zugrundeliegenden Daten?*
Zum Stand der Festlegungskarten s. o.
 - *In welchem Erfassungsmaßstab liegen die zugrundeliegenden Daten vor?*
Datenbasis sind Informationen des LGBR (als Landesoberbehörde dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) des Landes Brandenburg nachgeordnet), auf das hierzu verwiesen wird. Der Maßstab der Festlegungskarte des sachlichen Teilregionalplans beträgt 1 : 200.000.
 - *Welche geologischen Daten liegen den Raumordnungsgebieten zugrunde?*
wie vor
 - *Werden die Raumordnungsgebiete landesweit einheitlich anhand gleicher Merkmale/ einer gleichen Methodik festgelegt oder können sich die Kriterien zur Festlegung zwischen den Regionalverbänden unterscheiden?*
Da vom Teilgebiet 009 nur eine Planungsregion in Brandenburg berührt ist, trifft die Frage hier nicht zu. Allgemein sind für alle RP Informationen des LBGR zu den Rohstoffvorkommen die Datenbasis. Die Methodik der Festlegungen von VR/VB kann variieren.
 - *Verfügen Sie in Ihrem Haus über Kenntnisse zu Rohstoffabbau, der nicht raumgeordnet ist, da z.B. die zu genehmigende Fläche eine bestimmte Größe unterschreitet?*
Nein, alle seit 2000 in Raumordnungsverfahren geprüften Planungen zur Rohstoffgewinnung im Betrachtungsraum liegen innerhalb von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten des sachlichen Teilregionalplans.
 - *Ist zu erwarten, dass den Planungsbehörden Rohstoffabbauflächen nicht bekannt sind?*
Das kann in Einzelfällen nicht ausgeschlossen werden.

- Können Abbautätigkeiten von einzelnen Rohstoffen auch außerhalb der Vorranggebiete liegen?
Ja, die Vorranggebiete haben in Brandenburg keine Ausschlusswirkung.

p09_01b_BB_01 (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die geothermische Nutzung des Untergrundes)

p09_01c_BB_01 (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Nutzung des Untergrundes als Erdspeicher)

- Dazu sind keine Festlegungen in Landes- und Regionalplänen in Berlin und Brandenburg vorgesehen und vorhanden.

p04_02a_BB_01 (Bestehende Vorbehaltsgebiete zum Hochwasserschutz)

p04_02b_BB_01 (Bestehende Vorranggebiete zum Hochwasserschutz)

- Festlegungen dazu erfolgen - nur in Brandenburg, nicht in Berlin - auf Ebene der Regionalplanung.
- Rechtswirksame Regionalpläne mit entsprechenden Festlegungen liegen bisher nicht vor.
- In der Region Lausitz-Spreewald wird im Rahmen des laufenden Aufstellungsverfahrens für den Integrierten Regionalplan über die Festlegung von Gebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz entschieden; Geodaten dazu liegen noch nicht vor.

Von: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@bge.de](mailto:[REDACTED]@bge.de)>

Gesendet: Freitag, 13. Mai 2022 10:01

An: MSGIV, Atomaufsicht <atomaufsicht@MSGIV.Brandenburg.de>

Cc: [REDACTED] <[\[REDACTED\]@bge.de](mailto:[REDACTED]@bge.de)>

Betreff: AW: Ihre Datenanfragen zu planWK an das Land Brandenburg

Sehr geehrte [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 20.05.2022 und die damit verbundene Mitteilung über die zentrale Koordinaten der Datenabfragen zu den planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien in Brandenburg.

Gerne geben wir Ihnen einen Überblick über die bisher erfolgten Rückmeldungen und Datenlieferungen der von uns angefragten Behörden:

BLDAM

- Datenlieferung über Bodendenkmäler ist am 28.04.2022 bei uns eingegangen.
 - Wir haben die Daten bisher noch nicht über den Downloadlink abgerufen, da intern geklärt werden muss, wie wir mit der Nutzungsvereinbarung umgehen, die zum Zugriff der Daten notwendig ist.
 - Diesbezüglich werden wir uns zeitnah an das BLDAM zurückmelden und Sie selbstverständlich im CC informieren.
- Wir haben bisher keine Informationen über die Datenabfrage zu Baudenkmälern erhalten.

LBGR

- Die Datenlieferung des LBGR hat uns am 12.05.2022 postalisch erreicht.

LfU

- Wir haben eine Datenlieferung des LfU am 09.05.2022 erhalten.

MIL

- Das MIL hat uns am 14.04.2022 mitgeteilt, dass es nicht für die Bearbeitung der Datenabfrage zuständig ist und diese entweder an das MLUK oder an das MWAE zu richten sind.

- Wir haben die Datenabfrage daraufhin an die Landesregierung weitergeleitet, verbunden mit der Bitte um Klärung, welche Behörde zuständig ist.

MLUK

- Wir haben am 09.05.2022 eine Datenlieferung des MLUK erhalten.
- Das MLUK hat uns mitgeteilt, dass für die Abfragekennzeichen p04_02a_BB_01 und p04_02b_BB_01 das MIL zuständig ist. Die entsprechende E-Mail haben wir Ihnen angehängen.
- Da das MIL uns bereits mitgeteilt hat, nicht zuständig zu sein, bitten wir Sie hier um eine Klärung.

Weiterhin können wir Ihnen mitteilen, dass wir keine Daten aus frei zugänglichen Datenbanken entnommen haben. Alle benötigten Daten werden bei Behörden angefragt.

Folgende Bundesbehörden wurden von der BGE angefragt:

- Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG)
 - Basis-DLM 5 (1:25.000) – Digitales Landschaftsmodell
- Bundesamt für Naturschutz (BfN)
 - Gebiete nach § 23 und 32 Bundesnaturschutzgesetz
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)
 - Karte der „Grundwasserleiter nach Art der Hohlräume, Ausdehnung und Ergiebigkeit“
 - Karte des Speicher-Katasters Deutschland, die es erlaubt, potenzielle Speicher- und Barrierekomplexe des tieferen Untergrundes räumlich abgegrenzt darzustellen
- Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG)
 - Karte der Grundwasserkörper (inklusive Angabe des jeweiligen Grundwasserstockwerks sowie aktueller oder geplanter Trinkwassernutzung)
 - Karten der Überschwemmungsgebiete nach § 76 Wasserhaushaltsgesetz
 - Karten der Gebiete nach § 77 Wasserhaushaltsgesetz
 - Hochwassergefahrenkarten für Ereignisse mittlerer Wahrscheinlichkeit
 - Hochwassergefahrenkarten für Ereignisse extremer Wahrscheinlichkeit
- Deutsche UNESCO-Kommission e. V.
 - UNESCO Welterbe (Grundfläche und Puffer zur Raumwirkung)
- Leibnitz-Institut für Angewandte Geophysik (LIAG)
 - Geothermische Potenzialkarten, die auch im Geothermischen Informationssystem (GeotIS)
 - Untersuchungswürdige Gebiete nach GeotIS (CO₂-Einlagerung und Geothermie)
 - Karte mit Standorten tiefer geothermischer Nutzung

Das Vorgehen, wie wir mit Überschneidungen der Daten von Landes- und Bundesbehörden umgehen, befindet sich derzeit noch in der Diskussion.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bei fachlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Herrn [REDACTED] (05171 43-[REDACTED]).

Ich bitte zu beachten, dass diese E-Mail bzw. dieses Schreiben sowie die Rückantworten ggf. auf einer Internetpräsenz der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zur Veröffentlichung auf der Informationsplattform gemäß § 6 StandAG zur Verfügung gestellt werden. Sollten Ihrerseits Bedenken bestehen, so sind diese ausdrücklich der Rückantwort voranzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. [REDACTED]

BGE Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH

Standortauswahl

Standort Peine
Eschenstraße 55
31224 Peine, Germany

T +49 (0) 5171 43-
@bge.de
www.bge.de

Sitz der Gesellschaft: Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)
Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Parlamentarischer Staatssekretär Christian Kühn

Von: MSGIV, Atomaufsicht <atomaufsicht@MSGIV.Brandenburg.de>

Gesendet: Dienstag, 10. Mai 2022 17:54

An: @bge.de>

Betreff: Ihre Datenanfragen zu planWK an das Land Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihren Schreiben vom 1. April 2022 an die Brandenburger Behörden

- Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)
- Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR)
- Landesamt für Umwelt (LfU)
- Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)

baten Sie um die Übersendung von Daten für die Methodenentwicklung der in Anlage 12 StandAG aufgeführten planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) im Teilgebiet 009.

In Ihrer digitalen Informationsveranstaltung am 26. April 2022 wurde außerdem die Benennung eines zentralen Ansprechpartners je Bundesland zu diesem Thema vorgeschlagen.

In Brandenburg wurde die Aufgabe, das Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle fachlich zu begleiten, von der Landesregierung dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) und darin dem für den Bereich Kerntechnik zuständigen Referat 35 zugewiesen. Auf Fachebene besteht eine Arbeitsgruppe aus VertreterInnen von MSGIV, MLUK, LBGR und Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE). Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe hat man sich darauf geeinigt, dass das Referat 35 des MSGIV, erreichbar unter atomaufsicht@msgiv.brandenburg.de, auch für das Thema planWK eine koordinierende Funktion übernehmen und als Ansprechpartner für die BGE vorgeschlagen werden soll. Für die laufenden Datenanfragen hat man sich dennoch darauf geeinigt, dass die angeschriebenen Behörden selbstständig an die BGE antworten. Mir liegen die Antworten des LBGR, des LfU und des BLDAM (bezüglich Bodendenkmälern) an das BGE vor. Über den Stand der Beantwortung durch das MLUK und das BLDAM (bezüglich Baudenkmälern) habe ich noch keine Informationen erhalten. Ihre Anfrage an das MIL befindet sich derzeit noch in der Prüfung, ob und wo diese Daten in Brandenburg vorliegen, so dass diesbezüglich leider keine fristgerechte Rückmeldung gegeben werden konnte. Sobald es dazu einen neuen Stand gibt würde ich Sie informieren.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir eine kurze Rückmeldung zum Stand der Beantwortung durch die Brandenburger Behörden aus Ihrer Sicht geben könnten. Außerdem wäre für das Land Brandenburg noch von Interesse, ob zu den planWK auch Daten aus frei zugänglichen Datenbanken entnommen wurden oder von Bundesbehörden abgefragt wurden (und wenn ja, welche).

Für Rückfragen steht Ihnen das Referat 35 des MSGIV gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Redacted]

[Redacted]

Referent

Referat 35 „Kerntechnik und Strahlenschutzvorsorge, Trink- und Badebeckenwasserhygiene, Badegewässerqualität“
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Dienstort: Lindenstraße 34a, 14467 Potsdam

Postanschrift: Henning-von-Tresckow-Straße 2-13, 14467 Potsdam

Tel.: 0331 866 [Redacted] Fax: 0331 27548-[Redacted]

E-Mail: [Redacted]@MSGIV.Brandenburg.de

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>